

Neuer Aufbruch für uns und unser Land

Einleitung

„Wenn wir nur einen Planeten haben, müssen wir die Welt verändern“ lautet die zentrale Aussage der indigenen Völker Lateinamerikas, die sich zu einem Bündnis gegen die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur auf ihrem Kontinent zusammengeschlossen haben.

Gilt das nicht auch für uns?

Die Jahre bis 2030 werden nach wissenschaftlichen Aussagen, erst kürzlich zusammengefasst im Bericht des Weltklimarats, entscheidend dafür sein, ob es gelingt menschliche Lebensbedingungen auf unserem Planeten für die kommenden Generationen zu erhalten.

Hinzu kommen die wachsenden Gefahren durch beschleunigte Aufrüstung und Militarisierung in vielen Regionen der Welt, um geostrategische Interessen auch mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen, was eine Auslöschung der Menschheit durch ein nukleares Inferno heraufbeschwört. Als Teil der Militarisierung werden Feindbilder propagiert, um Menschen verschiedener Bevölkerungsgruppen innerhalb des Landes gegeneinander auszuspielen. Wie noch nie in der Geschichte stehen die fortschrittlichen Kräfte in allen Kontinenten vor der Aufgabe, in einem historisch kurzen Zeitraum die Kräfte zu bündeln, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, indem deren Ursachen beseitigt werden.

Die Welt so zu verändern, dass nur so viel an Ressourcen durch Produktion und Konsum verbraucht werden, die Umwelt nur in dem Maß belastet wird, wie sich der Planet Erde selbst regenerieren kann, das geht nur durch eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, mit einer Wirtschaftsordnung, die nicht länger auf Maximalprofit und Wachstumslogik basiert, die frei von Ausbeutung von Mensch und Natur ist.

I. Das neue strategische Ziel unserer Partei

In einem Zeitraum von wenigen Jahren eine hegemoniale Kraft in der Gesellschaft zu werden, kann nur über und mit einem Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte gelingen. Dass es möglich ist, zeigen die aktuellen Wahlerfolge von Linksbündnissen in Chile und Kolumbien, um nur zwei Beispiele zu nennen. Dann verfügt man über so viel Ausstrahlung und Einfluss, dass gesellschaftliche Umwälzungen beginnen können.

Wir setzen uns für die Schaffung eines solchen Bündnisses mit anderen fortschrittlichen Kräften ein, wir sehen die Chance, dass es bis zum Ende dieses Jahrzehnts die stärkste politische Kraft in Deutschland werden kann.

II. Die neue Ausrichtung der Partei

Unser Kampf für Frieden und Abrüstung, Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit sind die politischen Schwerpunkte. In der Umsetzung müssen wir neue Wege gehen.

Zum einen bedeutet es, viel mehr als bisher in der Zivilgesellschaft und in den sozialen Bewegungen aktiv zu sein, um dort für ein breites Bündnis einzutreten. Zum anderen müssen die gesamten Aktivitäten unserer Partei stärker als bisher handlungsorientiert sein. Ob in der Gemeinde oder im Betrieb, ob im Verein oder in einer Initiative, wir sind diejenigen, die die Menschen ermutigen, für die eigenen Interessen aktiv zu werden. Wir sind diejenigen, die bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung entsprechender Aktionen die weiterführenden Zusammenhänge erklären, unser Fachwissen und unsere Erfahrungen einbringen, sowie für das neue Bündnis werben und mobilisieren.

Viel stärker als bisher geht es darum, nicht bei tages- oder kommunalpolitischen Fragen stehen zu bleiben, sondern von der Notwendigkeit radikaler gesellschaftlicher Veränderungen zu überzeugen. Bei der Tätigkeit unserer Mitglieder in Ausübung parlamentarischer Mandate handelt es sich nicht um Zeitverschwendung, wenn diese Arbeit in Verbindung mit konkreten außerparlamentarischen Aktivitäten steht, ob in Betrieben, Wohngebieten oder sozialen Bewegungen. So verhindern wir auch, dass Illusionen über eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft allein auf parlamentarischem Weg genährt werden.

In vielen Gruppen, Arbeitsgemeinschaften unserer Partei wird viel inhaltliche Arbeit geleistet. Das ist auch gut und richtig, wenn die Ergebnisse in konkrete Aktivitäten einfließen, ob parlamentarisch, außerparlamentarisch oder in Bündnissen. Neben der Teilnahme an solchen Arbeiten, Erstellung von Analysen, Positionen und Einschätzungen sollten möglichst viele dieser Mitglieder auch die Zeit finden, um an Basisaktivitäten teilzunehmen.

Wir brauchen vor allem inhaltliche Expertise, wie wir uns die gesellschaftlichen Veränderungen konkret vorstellen, die ab Ende des Jahrzehnts durchgesetzt werden. Das betrifft insbesondere die Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, aber letztendlich alle Bereiche der Gesellschaft. Es geht um die Mobilisierung für eine neue Gesellschaftsordnung, die von Teilhabe, kollektiven statt individuellen Lösungen, von sozialer Gerechtigkeit im Land und global geprägt ist. Wenn wir die Bedingungen für menschliches Leben auf unserem Planeten erhalten wollen, müssen wir diese Bedingungen menschlich gestalten. Wachstums- und Wohlstandphilosophie, wie sie im Interesse von Groß- und Finanzkapital der Bevölkerung seit Jahrzehnten eingeredet wurde, muss in Frage gestellt und schnellstmöglich überwunden werden. Wir werden die Partei sein, die überall zur Formulierung von radikalen und konsequenten Alternativen einlädt, deren Umsetzung zur Folge hat, dass in Deutschland nicht mehr so viele Ressourcen verbraucht werden, als hätten wir mehr als zwei Planeten zur Verfügung. Es geht um regionale und globale Gerechtigkeit, um Umverteilung von oben nach unten im eigenen Land. Das wird unsere Anziehungskraft insbesondere auf junge Menschen erhöhen, aber auch viele der älteren Generationen ansprechen. Schließlich haben auch sie Kinder und Enkelkinder. Welchen Wert hat ein Wohlstand, der vorwiegend aus Warenanhäufung und Massenkonsum besteht und sehr vergänglich sein kann, wenn man an die Bilder des Ukraine-Krieges und der Flutkatastrophe in Deutschland denkt.

III. Das neue Bündnis

Wir streben ein Bündnis an, das es in dieser Form in der Geschichte unseres Landes noch nie gegeben hat. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Linkskräfte in anderen Ländern, sollte das deutsche Bündnis allen Menschen und ihren Gruppen, Parteien, Organisationen und Verbänden einen Platz bieten, die bereit sind, sich für die konsequente Umgestaltung der Gesellschaft für Frieden und Abrüstung, für konsequenten Klima- und Umweltschutz und für soziale Gerechtigkeit einzusetzen.

Es können andere Parteien dazugehören, Gewerkschaften, Verbände und Vereinigungen der Zivilgesellschaft, die seit langem spezifische Anliegen oder bestimmte Interessengruppen vertreten, aber auch soziale und politische Bewegungen, die sich in den letzten Jahren formiert haben.

Unser Parteitag richtet den Aufruf heute an alle diese Kräfte: Schließen wir uns zu einem Bündnis zusammen, um gemeinsam die notwendige Kraft für eine sozial-ökologische und ökonomische Umgestaltung zu erreichen, denn wir haben nur diesen einen Planeten!

Auf kommunaler Ebene haben bereits viele Kreisverbände gute Erfahrungen mit offenen Listen und Bündnissen gemacht.

Um dem Bündnis auch zu einem Gradmesser bei Wahlen und dem Erringen von Mandaten auf Landes- und Bundesebene zu verhelfen, schlagen wir vor, bei kommenden Landtagswahlen und den Bundestagswahlen 2025 mit offenen Listen anzutreten und mindestens die Hälfte aller Listenplätze parteilosen Kandidierenden aus dem Bündnis zur Verfügung zu stellen. Das Verfahren zur Besetzung dieser Mandate bestimmt das Bündnis eigenständig, sie werden auf den Aufstellungsversammlungen unserer Partei bestätigt. Wegen des geltenden Wahlrechts in Deutschland sind Bündnisse wie in anderen Ländern, die auch mehrere Parteien und sonstige politische Vereinigungen umfassen, nicht möglich. Ziel ist es, mit offenen Listen „Die Linke“ bei den Bundestagswahlen 2025 ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen, um dann eine starke linke Opposition zu bilden. Anders kann sich die Situation darstellen, wenn es gelingt bei den Wahlen 2029 zur stärksten politischen Kraft zu werden und das Bündnis den Auftrag zur Regierungsbildung erhält.

Unsere Bundestagsfraktion sollte noch in diesem Jahr im Parlament für Wahlrechtsänderungen

eintreten, die eine Zulassung von sonstigen politischen Vereinigungen und Kandidierende mit doppelten Parteimitgliedschaften nicht länger ausschließt.

IV. Die neue Arbeitsweise und Zusammensetzung unserer Bundestagsfraktion

Unsere Bundestagsfraktion spielt eine wichtige Rolle für öffentliche Wahrnehmung der Partei. Es darf nicht der Eindruck entstehen, sie würde sich nicht an Beschlüsse der Partei halten oder Signale aus der Partei ignorieren.

Ihre Hauptaufgabe ist es, das Parlament als Tribüne für Forderungen der Partei und anderer Linkskräfte zu nutzen, Sprachrohr der Menschen sein, die in Arbeitskämpfen stehen, sich in sozialen Bewegungen engagieren und in anderen Bereichen gegen die Interessen des Kapitals aktiv sind. Die Fraktion muss Dienstleistende sein für die außerparlamentarischen Aktivitäten aller Linkskräfte, Dinge entlarven, die vorbereitet werden, die Öffentlichkeit informieren.

Für diese Arbeit braucht man keine mehrjährige Einarbeitungszeit. Unabhängig davon, ob wir demnächst die Ausübung der Mandate auf ein oder zwei Legislaturperioden begrenzen, empfehlen wir allen Abgeordneten unserer Partei, die länger als zwei Mandatsperioden im Bundestag sitzen, bis Ende dieses Jahres ihren Platz für Nachrückende freizumachen.

Wer während langjähriger Präsenz im Bundestag auch in der Öffentlichkeit als engagierte Persönlichkeit unserer Partei bekannt wurde, wird auch weiterhin für unsere Öffentlichkeitsarbeit wichtig sein, hat dafür dann wesentlich mehr Zeit, weil die Mandatsausübung entfällt. Im Gegenzug können die Nachrückenden sich als Volksvertreter profilieren, mehr Mitglieder unserer Partei werden in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung bekannt.

V. Anforderungen für Regierungsbeteiligungen auf Bundes- und Landesebene

Wir wollen als konsequente und glaubwürdige Partnerin in diesem Bündnis wirken und auch so in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Wir wollen für eine Politik stehen, die nicht mit zweierlei Maß misst oder Kompromisse eingeht, die die soziale Ungerechtigkeit dulden oder verschärfen.

Es kann kein Bündnis mit Parteien oder Organisationen geben, die Aufrüstung und Militarisierung befürworten. Wenn sich die Mitglieder anderer Parteien, mit denen wir auf einigen Landesebenen die Regierung bilden, nicht eindeutig für Frieden und Abrüstung, für konsequente Klimagerechtigkeit aussprechen und einsetzen, sind unsere Genossinnen und Genossen in den jeweiligen Landesverbänden gefordert, eine Lösung zu finden, die im Einklang mit unserer Glaubwürdigkeit steht.

VI. Neuer innerparteilicher Aufbruch

Die neue Orientierung auf die Schaffung eines breiten fortschrittlichen Bündnisses stellt ein neues und zusätzliches Betätigungsfeld für die Partei dar, das entsprechenden Aufwand erfordert, um das Bündnis auch bei seiner Verankerung auf allen lokalen und regionalen Ebenen zu unterstützen.

Woher nehmen wir die dafür nötigen Mitglieder, wo schon heute viele über Arbeitsüberlastung und Aufgabenhäufung klagen? Eine Möglichkeit ist, die Wahrnehmung kommunaler Mandate in die Hände von Sympathisierenden aus der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zu legen. Damit gewinnen wir viele unserer erfahrenen Mitglieder für Aufgaben im außerparlamentarischen Bereich zurück.

Viele Mitglieder empfinden unsere Parteistrukturen als unzeitgemäß oder verkrustet. Um in unserer Aktionsfähigkeit und unseren Aktivitäten flexibler und schneller zu sein, sind flache Hierarchien und mehr Basisorientierung wichtig. Welche alten Strukturen wir über Bord werfen und welche neu entstehen, wird sich bei der Umsetzung der neuen Strategie zeigen.

Andere europäische Linksparteien verfügen über Online-Portale, die zur Meinungsbildung und für politische Entscheidungen genutzt werden. Das brauchen wir auch, um nicht in zu vielen Fragen einen aufwändigen Mitgliederentscheid durchführen zu müssen.

Die Zusammenschlüsse in unserer Partei wie die Bundesarbeitsgemeinschaften und andere sind wichtig für die innerparteiliche Debatte, die sie mit Analysen und Argumenten bereichern.

Wenn jedoch ihre Arbeitsweise einer organisierten Fraktion innerhalb der Partei gleicht, eigene Hierarchien und Misstrauen gegenüber anderen in der Partei dominieren, wird nicht nur unser Bild in der Öffentlichkeit geschädigt, sondern es verunsichert auch viele der eigenen Mitglieder, die sich dann aus dem aktiven Parteileben zurückziehen.

Viele der strittigen Fragen können auch mit dialektischer Herangehensweise gelöst werden. Wer sich heute für ein bedingungsloses Grundeinkommen als Alternative zu den menschenunwürdigen Hartz IV-Regelungen einsetzt, der kann sich ebenso für andere Lösungen in einer Gesellschaft einsetzen, die keine kapitalistischen Eigentumsverhältnisse kennt.

Statt alten Dogmatismus durch neuen zu ersetzen, brauchen wir mehr Toleranz untereinander. Ein Beispiel: Das Gendern sehen die einen als Teil ihres aktuellen Kampfes gegen Diskriminierung, andere legen den Schwerpunkt für die Überwindung diskriminierender Sprachelemente auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Daher sollte bei Veröffentlichungen und Materialien der Partei ein Nebeneinander selbstverständlich sein.

Schluss und Ausblick

Gerade weil unsere aktuelle Ausgangslage als sehr kritisch eingeschätzt werden muss, brauchen wir eine neue und emanzipatorische Strategie, die sowohl den objektiven politischen Anforderungen entspricht und geeignet ist, eine neue gesellschaftliche Dynamik auszulösen, als auch Ziele und Aufgaben formuliert, die alle Mitglieder eint und mobilisiert. Indem wir unserer Partei wieder ein klares Profil verleihen, indem wir Ziele und Inhalte formulieren, anhand derer unsere Politik für die nächsten Jahre von allen Menschen messbar ist, verleihen wir unserer Partei neue Anziehungskraft. Wir setzen uns das Ziel, bis zum nächsten Bundesparteitag 10.000 neue Mitglieder zu gewinnen. Auch in anderen Ländern wachsen die Aktivitäten, um solche Bündnisse zu schaffen. Allein in Frankreich beteiligte sich fast eine halbe Million Menschen an Vorwahlen für eine linke Präsidentschaftskandidatin. Mit unserer Strategie sind wir Teil einer europäischen und internationalen Bewegung.

Eine Partei, die in der öffentlichen Wahrnehmung als zerstritten und mit Beliebigkeit in ihren Positionen wahrgenommen wird, kann weder bei Wahlen noch in außerparlamentarischen Bewegungen überzeugen. Die Mehrheit unserer Mitglieder will daher, dass wir ein klares sozialistisches Profil haben, nicht nur etwas linker als die SPD und etwas grüner als die Grünen sind. Nicht ein paar Sozialwohnungen mehr fordern, sondern die Wohnungskonzerne zu enteignen. Nicht dem Kapital ein wenig auf die Füße treten, sondern vor das Schienbein klotzen, dass es einknickt. Und das gelingt nicht als linker Wahlverein, sondern in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Und wir brauchen die Forderungen, die alle verstehen und die unser Profil schärfen. Beispiele: Keine Stationierung von Soldaten und Waffen außerhalb des eigenen Landes (Auflösung aller Militärstützpunkte weltweit), keine Rüstungsproduktion in Deutschland bei Enteignung ihrer Eigentümer.

Abschaffung indirekter Steuern (alte Forderung der Arbeiterbewegung), weil durch sie vor allem die Einkommensschwachen belastet werden. Stattdessen direkte Steuern, die zur radikalen Umverteilung von oben nach unten führen, kein Land braucht Millionäre!

Keine Zustimmung in Parlamenten und kommunalen Vertretungen zu Projekten, die nicht den Ein-Planeten-Fußabdruck haben, sozial-ökologische Transformation durch die Übernahme von Betrieben durch die Beschäftigten, die sich z.B. als ökologisch und nachhaltig arbeitende Genossenschaft zusammenschließen.

Wir senden den Impuls an alle Menschen: Lasst uns eine basisdemokratische und emanzipatorische Gesellschaft entwerfen, die geprägt ist vom Respekt gegenüber der Natur und im Umgang miteinander. Denn es gibt weder einen friedlichen noch einen grünen oder sozialen Kapitalismus.

(Dieser Text ist Grundlage für mehrere Anträge in Vorbereitung des Bundesparteitages im Juni 2022. Es werden fortlaufend Veränderungsvorschläge eingearbeitet, das ist der Stand vom 3.4.2022. Wer sich beteiligen möchte: Mail an kuhl.schuemer@gmail.com)